

5

2023 /

Politische Polarisierung in Zeiten der Krise /

TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN

5.1 ✎ Trends und Facetten politischer Polarisierung

5.2 ✎ Herausforderungen gesellschaftlichen Zusammenlebens

↓ EMPFEHLUNGEN

5

124

1 Kritischer Dialog statt Gegenpolarisierung

Die Politik sollte Polarisierungen in kontroversen Themenfeldern nicht durch konfrontative Rhetorik oder vereinfachende Gegenüberstellungen weiter verstärken. Mit demokratisch gesonnenen Aktivist:innen sollte im Fall von gewaltfreien Regelverstößen der kritische Dialog gesucht werden.

2 Politischen Protest nicht kriminalisieren

Politische Proteste sind Ausdruck demokratischer Vitalität, solange sie nicht für extremistische Botschaften genutzt werden und keine Gewalt angewendet wird. Eine Verschärfung des Strafrechts oder präventive Ingewahrsamnahmen stellen ebenso wenig eine angemessene Antwort auf Formen des zivilen Ungehorsams dar wie öffentliche Diffamierungen.

3 Konstruktiven Streit und demokratischen

Diskurs stärken Parlamente und Öffentlichkeit sollten als Orte demokratischer Auseinandersetzung und konstruktiven Streits über den Umgang mit aktuellen Krisen gestärkt werden. Neue Beteiligungsformate wie Bürger:innenräte können eine sinnvolle Ergänzung sein. Auch der Strategieprozess der Bundesregierung „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“ sollte diese Fragen thematisieren.

4 Politische Antworten auf Krisen geben

Politische Antworten auf aktuelle Krisen wie den Klimawandel können extreme Polarisierung reduzieren. Dabei müssen soziale Kosten und unterschiedliche Grade der Betroffenheit reflektiert werden. Gesellschaftliche Konflikte und Widerstände dürfen die Diskussion und Gestaltung notwendiger Veränderungen aber nicht pauschal verhindern.

5 Beratungsprogramme und politische Bildung

weiter fördern Die Fähigkeit, Falschinformationen zu erkennen und mit antidemokratischen Ideologien und Verschwörungserzählungen im Privaten und Politischen umzugehen, gilt es zu stärken. Dazu sollten Beratung und politische Bildung weiter gefördert werden und zwar noch über das Ambitionsniveau des Demokratiefördergesetzes hinaus.

6 Verschwörungsideologische Vernetzung besser

verstehen Das Gefährdungspotenzial innerhalb von verfestigten verschwörungsideologischen Szenen sollte weiter erforscht werden. Dies muss sowohl Bestrebungen zum Aufbau antidemokratischer Parallelstrukturen als auch Versuche der Unterwanderung demokratischer Institutionen umfassen.

TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN / Politische Polarisierung in Zeiten der Krise /

Multiple, sich gegenseitig verstärkende Krisen wie die Covid-19-Pandemie, die Auswirkungen des Klimawandels oder die Folgen des Krieges in der Ukraine haben Diskussionen um eine Zunahme politischer Polarisierung in Deutschland und anderen westlichen Demokratien verstärkt. Nach einer Analyse grundlegender Trends betrachtet das Kapitel vor allem gesellschaftliche Proteste und politische Reaktionen auf Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen sowie politische Handlungsoptionen im Umgang mit Polarisierung.

5.1 ✓ Trends und Facetten politischer Polarisierung

Die Auswirkungen aktueller Krisen treffen oftmals die Gesellschaften des globalen Südens besonders hart → 2. Sie verstärken aber auch in westlichen Demokratien Befürchtungen einer Polarisierung von Politik und Gesellschaft. Diese Sorgen beziehen sich etwa auf zugespitzte Debatten über die Klimapolitik, Auseinandersetzungen über den Umgang mit der Covid-19-Pandemie oder unterschiedliche Beurteilungen des Krieges in der Ukraine. Aus friedenspolitischer Sicht kann es nicht darum gehen, einem verlorenen Ideal vermeintlicher kultureller Homogenität nachzueifern oder kontroverse Auseinandersetzungen über zentrale gesellschaftliche Herausforderungen zu pathologisieren. In extremer Form kann Polarisierung aber demokratische Verfahren unterminieren, das gesellschaftliche Zusammenleben erschweren oder politische Gewalt befördern (→ Albrecht et al. 2021). Gerade in Zeiten der Krise gilt es daher, mögliche Gefährdungen zu verstehen und die Grundlagen eines konstruktiven, gewaltfreien Konfliktaustrags zu bewahren und auszubauen.

Polarisierung stellt in pluralistischen Demokratien nicht per se ein Problem dar. Dies gilt insbesondere für eine „kognitive Polarisierung“, die sich vor allem in grundlegenden Unterschieden bei Einstellungen zu zentralen politischen Fragen ausdrückt. Kontroverser Streit über wichtige gesellschaftliche Belange ist in vielen Fällen sogar förderlich und notwendig, um sich über umstrittene Fragen zu verständigen oder Missstände aufzuzeigen.

Eine „affektive Polarisierung“ manifestiert sich demgegenüber in fundamentaler Abneigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander. Diese kann insbesondere dann zur Gefahr werden, wenn politische Konflikte den gesellschaftlichen Alltag insgesamt strukturieren. Bei einer solchen „schädlichen Polarisierung“ zerfallen Gesellschaften in getrennte Camps entlang antagonistischer politischer Identitäten und moralisch aufgeladener Freund-Feind-Unterscheidungen, zwischen denen Austausch und Kompromissbildung nur noch schwer möglich sind (→ McCoy/Somer 2020).

Polarisierung ist nicht per se ein Problem, in extremer Form kann sie aber die Demokratie schwächen

5

126

Diese Form der Spaltung kann dazu führen, dass sich auch Medien, Gerichte oder Bildungsinstitutionen entlang entsprechender Gruppenzugehörigkeiten ausrichten. Polarisierung in dieser Form untergräbt demokratische Politik, etwa weil Anhänger:innen einer Seite Regelverstöße zum vermeintlichen Nutzen der eigenen Sache tolerieren oder Wahlergebnisse nicht akzeptieren. Zunehmende soziale Ungleichheit oder Veränderungen der öffentlichen Kommunikationskultur in den sozialen Medien können eine solche Entwicklung befördern. Es braucht aber stets Akteur:innen in Politik oder Medien, die diesen Prozess bewusst vorantreiben und für ihre Zwecke zu nutzen versuchen. In den letzten Jahren haben vor allem (rechts-)populistische Parteien und Politiker:innen diese Rolle übernommen. In Brasilien etwa scheiterte Jair Bolsonaro 2022 nur äußerst knapp daran, sich mit einer entsprechenden Strategie die Wiederwahl zu sichern. In der Folge stürmten Anhänger:innen des Ex-Präsidenten am 8. Januar 2023 den Kongress, den Obersten Gerichtshof und den Präsidentenpalast in Brasilia. Dieses Ereignis ähnelte in vielerlei Hinsicht dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 in den USA durch Unterstützer:innen Donald Trumps.

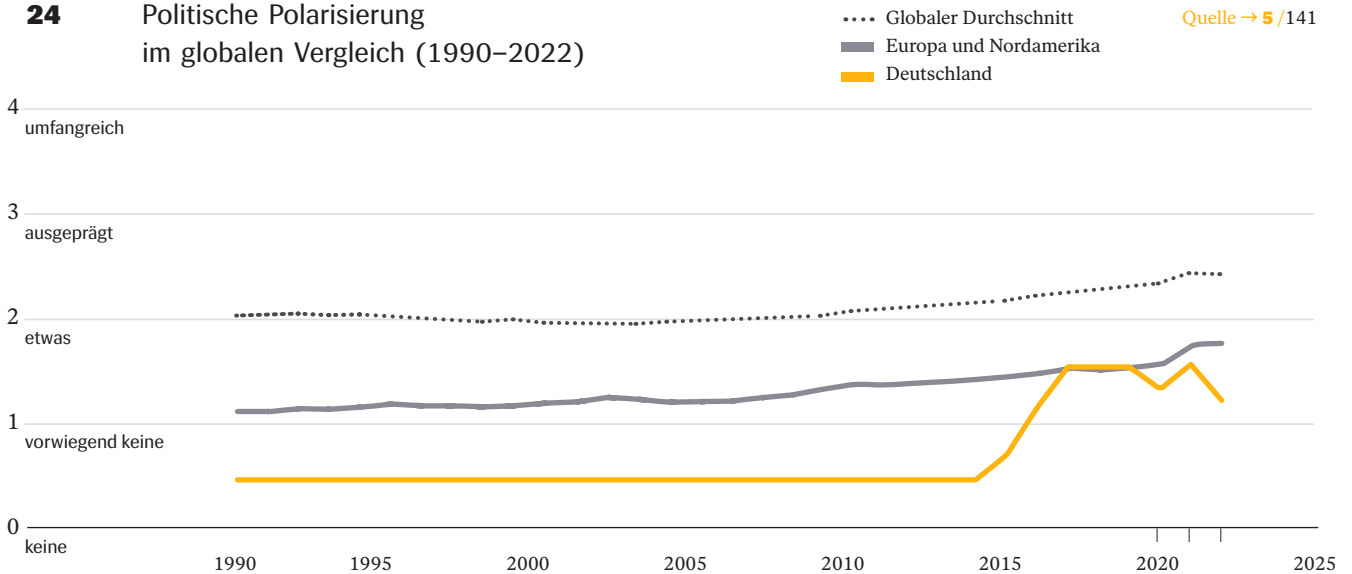
Einen global vergleichenden Blick ermöglicht der Indikator „Politische Polarisierung“ des V-Dem Instituts. Auf der Basis von Expert:innen-Einschätzungen werden hier Länder danach eingestuft, ob und inwieweit ihre Gesellschaften „in antagonistische politische Lager“ gespalten sind. Das Ausmaß politischer Polarisierung ist im globalen Durchschnitt demnach seit der Jahrtausendwende kontinuierlich angestiegen und hat im Zuge der Covid-19-Pandemie einen erneuten Schub erlebt → **24** /127. Besonders stark stieg die politische Polarisierung in den letzten Jahren auch in Europa und Nordamerika.¹ In Deutschland, für das V-Dem bis einschließlich 2014 nahezu keinerlei politische Polarisierung verzeichnet, sieht die jüngste Entwicklung auf den ersten Blick dramatisch aus. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass das absolute Niveau der Polarisierung in Deutschland im internationalen und auch innereuropäischen Vergleich immer noch eher niedrig und zuletzt wieder gesunken ist. Mit dem Wert von 1,2 (1 = „vorwiegend keine“ Polarisierung) galt Deutschland im Jahr 2022 jedenfalls als politisch deutlich weniger gespalten als Frankreich, Großbritannien, Österreich und Spanien (um die 2,5), Italien (3,3) oder gar Polen und Ungarn (fast 4). Als deutlich weniger polarisiert gelten aktuell Dänemark (0,72), Irland (0,32) und Norwegen (0,26) (→ V-Dem 2023).²

Polarisierung nimmt global zu, das Ausmaß variiert aber stark von Land zu Land

Wie die vergleichende Forschung zeigt, ist politische Polarisierung ein bedeutsamer Treiber einer sich schleichend vollziehenden Entdemokratisierung wie sie seit einigen Jahren in zahlreichen Ländern rund um den Globus zu beobachten ist (→ Albrecht et al. 2021). Auch mit Blick auf den graduellen Qualitätsverlust der Demokratie – gemessen am Liberal Democracy Index von V-Dem – reiht sich Deutschland in den globalen Durchschnittstrend ein → **25**/127. Der Rückgang der Demokratiequalität liegt hier allerdings innerhalb der statistischen Schwankungsbreite der befragten Expert:innen, sodass für Deutschland nicht ernsthaft von einer Entdemokratisierung gesprochen werden kann. Allgemein zeigt sich Entdemokratisierung weniger als durchgängiger Trend, denn als bemerkenswerte Entwicklung in einer Reihe von Staaten. Neben den USA sind hier nach V-Dem-Daten für Europa insbesondere Polen, Serbien und Ungarn sowie Griechenland zu nennen (→ V-Dem 2023).

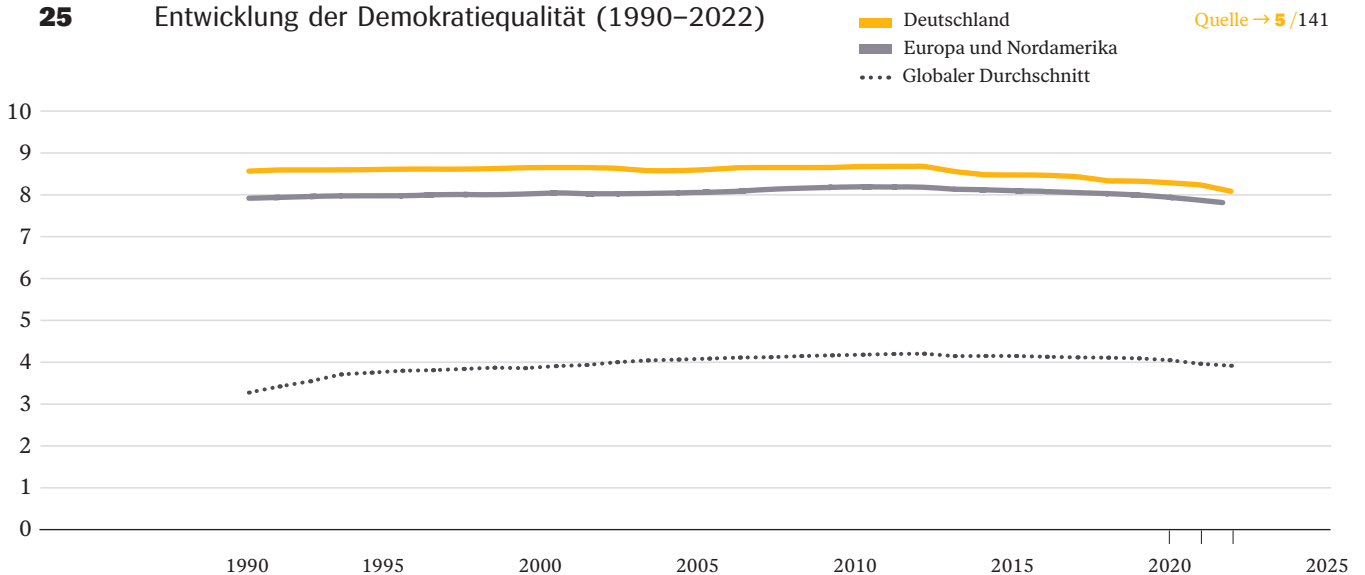
24 Politische Polarisierung im globalen Vergleich (1990–2022)

Quelle → 5/141



25 Entwicklung der Demokratiequalität (1990–2022)

Quelle → 5/141



Eine genauere Analyse veranschaulicht diese globalen Muster. In den meisten Ländern zerfallen die Gesellschaften bisher nicht in zwei völlig getrennte feindliche Lager. Trotz stark unterschiedlicher Positionierungen größerer Gruppen an den Enden der politischen Skala findet sich in den meisten westlichen Demokratien ein Großteil der Bevölkerung entlang eines Kontinuums unterschiedlicher, gemischter Positionen, statt sich extremen Polen des Meinungsspektrums zuzuordnen. Komplexe politische Konstellationen zu Themen wie Migration oder Nachhaltigkeit lassen sich nicht einfach darauf reduzieren, dass sich ältere und ländliche, oftmals männliche Bürger von den kulturell liberaleren Ansichten jüngerer, überwiegend urbaner, akademisch gebildeter Gruppen entfremdet fühlen. Auch wenn diese Faktoren durchaus eine Rolle spielen, strukturieren sich Gesellschaften nicht durchgängig entlang von Generationslinien oder Wohnorten. Das Problem besteht eher in einer Radikalisierung der Ränder, wobei insbesondere rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen in vielen Fällen klar antipluralistische und teils antidemokratische Einstellungen zeigen. Konflikte, die Themen wie Geschlechteridentitäten oder Ernährungsweisen betreffen, werden oftmals von politischen Akteur:innen oder einzelnen Medien stark zugespitzt und für eigene Zwecke instrumentalisiert, etwa um die Identität einer Gruppe durch eine klare Abgrenzung von anderen zu stärken (→ Mau 2022). Das Geschehen auf Twitter oder bei Demonstrationen lässt sich aber nicht ohne Weiteres auf ganze Gesellschaften übertragen.

Für Deutschland ergibt sich ebenfalls eine differenzierte Einschätzung der Lage. Das grundsätzliche Vertrauen in die Demokratie ist bei einem Großteil der Deutschen nach wie vor hoch, auch wenn viele Menschen die konkrete Leistungsbilanz demokratischer Institutionen bei der Bearbeitung aktueller Krisen skeptisch betrachten. In jüngeren Umfragen stimmten 81,9 % der „Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist“ zu und eine immer noch deutliche Mehrheit von 57,7 % äußerte Zustimmung zur „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“. Einige dieser Zustimmungswerte fallen in Ostdeutschland nach wie vor geringer aus, haben im letzten Jahr aber auch dort zugelegt. Allerdings glaubt in den ostdeutschen Bundesländern eine besonders große Gruppe von 81,3 %, die Demokratie nicht ausreichend mitgestalten zu können (→ Decker et al. 2022: 62–65). In Deutschland bleibt das Vertrauen in staatliche Institutionen im internationalen Vergleich insgesamt eher hoch und 81,4 % der Befragten haben großes Vertrauen in die Rechtmäßigkeit von Wahlen (→ Zick/Küpper 2022: 49–51).

Der Anteil an Personen, die rechtspopulistischen oder offen rechtsextremen Positionen zustimmen, war in den letzten Jahren eher rückläufig. Dort, wo sich diese Haltungen zeigen, gehen sie allerdings oftmals mit antidemokratischen Ansichten einher. Bei einem substanziellen Teil der Gesellschaft zeigt sich zudem eine diffuse Zustimmung oder jedenfalls keine klare Ablehnung gegenüber einzelnen rassistischen oder rechtspopulistischen Aussagen. Gerade die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen haben den Wunsch nach starken Autoritäten und die Neigung zur Abwertung einzelner Gruppen, etwa zwischen Geimpften und Ungeimpften, verstärkt (→ Decker et al. 2022; Zick/Küpper 2022).

Die längerfristigen Auswirkungen der Krisendiskussionen auf grundlegende Trends und Muster politischer Polarisierung lassen sich nur schwer abschätzen. Vorliegende Daten geben aber erste Aufschlüsse. In Deutschland – ebenso wie in den meisten anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) – unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit ein länger anhaltender Krieg mit dauerhaft hohen Kosten diese Haltung beeinflusst. Zudem wird Zuwanderung als das Thema mit dem größten Spaltungspotenzial in Europa wahrgenommen (→ Mercator-Forum Migration und Demokratie 2022). Solidarität mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine übersetzt sich nicht automatisch in eine Änderung bisheriger Einstellungen und Politiken gegenüber Geflüchteten aus anderen Weltregionen. In letzteren zeigen sich teils rassistische und antimuslimische Ressentiments. Eine Studie des „Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zeigt, dass zu Themen wie Migration und kulturelle Vielfalt Konflikte zwischen konträren Einstellungen bestehen. Diese Meinungsdivergenzen spiegeln häufig Unterschiede beim Einkommen und Bildungsstand sowie bei der subjektiven Einschätzung der eigenen Lage und Zukunftsaussichten wider (→ Groh-Samberg et al. 2022).

Konflikte um die Klimapolitik könnten sich verschärfen, wenn die immer stärker spürbaren Auswirkungen des Klimawandels drastischere Gegenmaßnahmen erfordern und an bestehende Auseinandersetzungen anknüpfen. Eine kontroverse Beurteilung der Maßnahmen wäre mit Blick auf ihre weitreichenden Konsequenzen sowie unterschiedliche Arten und Grade von Betroffenheit weder problematisch noch überraschend. Allerdings stimmen 33 % der Menschen in Deutschland ganz oder teilweise der Aussage zu, dass „die Beschränkungen in der Corona-Pandemie [...] nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik“ seien. Dabei zeigen sich Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie Stadt und Land (→ Saalheiser et al. 2022).

Der Klimawandel und seine Folgen haben erhebliches Konfliktpotenzial

Selbst bei hoch kontroversen Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität oder Gendergerechtigkeit ordnet sich eine Mehrheit der Deutschen aber nicht eindeutig einer rein ablehnenden oder zustimmenden Haltung zu. Die Zahl der Menschen, die sich eindeutig zu einem Vorrang der Ökonomie oder des Klimaschutzes bekennen, nimmt zwar zu, wobei Anhänger:innen der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen besonders deutlich voneinander abweichende Positionen einnehmen. Eine Mehrheit der Bevölkerung bewegt sich aber nach wie vor zwischen diesen Polen und vertritt eher abwägende Positionen. Starke persönliche Abneigungen im Sinne einer affektiven Polarisierung finden sich vor allem zwischen den Anhänger:innen der AfD und denen praktisch aller anderen Parteien. So sagen zwischen 65 und 70 % der Wähler:innen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen, dass sie lieber nichts mit Menschen zu tun haben möchten, die AfD wählen (Roose 2022: 312). Dies wirft die Frage auf, inwieweit dadurch ein Dialog zu den noch demokratischen, eher gemäßigten Teilen der AfD-Sympathisant:innen erschwert wird. Die starke Ablehnung gegenüber dieser Gruppe dürfte aber vor allem in antidemokratischen und antipluralistischen Äußerungen von jenen AfD-Politiker:innen zu suchen sein, die bewusst auf eine Strategie zugespitzter Polarisierung setzen.

Die deutsche Gesellschaft zerfällt bisher nicht in zwei antagonistische Lager

5.2 ↙ Herausforderungen gesellschaftlichen Zusammenlebens

Der Blick auf die grundlegenden Trends und Daten hat gezeigt, dass aktuelle Krisen und ihre Bearbeitung politische Konfliktlinien verstärken und das gesellschaftliche Zusammenleben vor Herausforderungen stellen können. Art, Ausmaß und Auswirkungen politischer Polarisierungen in westlichen Demokratien fallen aber sehr unterschiedlich aus. Um diese Herausforderungen besser zu verstehen, behandeln wir im folgenden Abschnitt zunächst zwei in letzter Zeit besonders prominent diskutierte Antriebskräfte politischer Polarisierung: gesellschaftliche Proteste und darauf folgende politische Reaktionen sowie Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen. Abschließend erörtern wir mögliche Handlungsoptionen im Umgang mit Polarisierung. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Deutschland und die EU.

GESELLSCHAFTLICHE PROTESTE UND POLITISCHE REAKTIONEN

Politische Dynamiken in der Auseinandersetzung mit aktuellen Krisen und ihren Folgen haben auch im Jahr 2022 das Protestgeschehen in Deutschland geprägt. Den Datenerhebungen des Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED) zufolge waren in Deutschland 2022 mit insgesamt 4.753 Protesten 561 mehr Demonstrationseignisse zu verzeichnen als im Jahr 2021. Allerdings lag die Zahl gewaltsamer Ausschreitungen mit 133 im Jahr 2022 gegenüber 219 im Vorjahr deutlich niedriger. Sowohl bei den friedlichen Protesten als auch bei den gewaltsamen Ausschreitungen lagen die Höhepunkte jeweils im Dezember 2021 und Januar 2022. Viele Demonstrationseignisse bezogen sich auf Maßnahmen der Pandemiebekämpfung oder waren Gegenproteste. Bei beiden Ereignistypen waren im Verlauf des Jahres 2022 zunächst deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Im September und Oktober 2022 stieg die Zahl der friedlichen Proteste erneut an, bevor sie im November und Dezember wieder sank. Bei der Anzahl der gewaltsamen Ausschreitungen war im Oktober und Dezember 2022 jeweils ein leichter Anstieg im unteren zweistelligen Bereich zu verzeichnen → **26** /131.

Im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten nahm Deutschland 2022 bei den Protesten einen vorderen Rang ein. Nur in Frankreich lag die Zahl mit 6.349 Protesten höher. In Italien kam es zu 4.596, in Spanien zu 3.814 Protesten, in allen anderen EU-Staaten lagen die Zahlen deutlich niedriger. Bei gewaltsamen Ausschreitungen lag Deutschland ebenfalls im vorderen Feld, nur in Frankreich (255) und Griechenland (151) fanden mehr solcher Ereignisse statt. In Italien waren es 96, in Polen 81 und in Spanien 79.³

In Deutschland lassen sich Gewalthandlungen in Verbindung mit Demonstrationen anhand von Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) weiter aufschlüsseln. Für das Jahr 2021 zeigen diese Zahlen, dass von den insgesamt 55.048 politisch motivierten Straftaten 3.796 in Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen im Kontext der Covid-19-Pandemie stattfanden. Dies bedeutete einen Anstieg gegenüber 2020 um 169 %. Die Zahl der Gewaltdelikte im

Die überwiegende Zahl der Demonstrationseignisse in Deutschland ist keinem der bekannten Phänomenbereiche zuzuordnen

Zusammenhang mit Covid-Demonstrationen belief sich auf 862, davon waren 532 Widerstandsdelikte. Besonders auffällig war, dass der überwiegende Teil der Ereignisse keinem der bekannten politischen Phänomenbereiche (PMK – links, PMK – rechts, PMK – ausländische Ideologie oder PMK – religiöse Ideologie) zugeordnet werden konnte. Das BKA sprach in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Motive der Beteiligten von einer uneinheitlichen „Mischszene“, bei der neben einer allgemeinen Kritik an den Covid-Maßnahmen der Regierung in Teilen „eine staatskritische bis staatsfeindliche Haltung“ vorgelegen habe (→ Bundesministerium des Innern und für Heimat/ Bundeskriminalamt 2022: 4, 14).

Der Beginn des Jahres 2022 war von zahlreichen Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geprägt. Diese knüpften insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern an die dezentralen Montagsproteste der zweiten Jahreshälfte 2021 an, bei denen die rechtsextremen „Freien Sachsen“ und ihre Ableger in anderen östlichen Bundesländern eine tragende Rolle innehatten. Sachsen sowie Thüringen bildeten den Schwerpunkt dieses Protestgeschehens mit einem wöchentlichen Zulauf von teils mehreren 10.000 Teilnehmenden. Die große Mehrzahl dieser „Spaziergänge“ wurde nicht, wie im Versammlungsrecht vorgesehen, behördlich angezeigt. Bestehende Corona-Schutzmaßnahmen, wie eine Begrenzung der Teilnehmendenzahlen von öffentlichen Versammlungen und Ortsauflagen („Demonstrationsverbot“), wurden vielerorts unterlaufen und führten teilweise zu gewalttätigen Konfrontationen mit Polizeikräften.

26 Demonstrationsgeschehen in Deutschland (2021 und 2022)

Quelle → 5 / 141

	Proteste		Gewaltsame Ausschreitungen	
	2021	2022	2021	2022
Januar	228	1.487	7	51
Februar	328	708	5	24
März	466	560	26	2
April	426	191	25	3
Mai	541	198	35	6
Juni	365	162	10	4
Juli	259	126	16	3
August	238	116	15	6
September	298	345	14	4
Oktober	213	400	14	11
November	224	324	11	3
Dezember	606	136	41	16
Gesamt	4.192	4.753	219	133

Versuchten rechte Gruppen, Reichsbürger:innen und die Querdenken-Szene Anfang 2022 noch mittels Protesten gegen Covid-Schutzmaßnahmen zu mobilisieren, so zeichnete sich im Verlauf des Jahres 2022 ein Themenwechsel ab. Verstärkt wurde nun versucht, die zunehmende Inflation, steigende Energiepreise und den Krieg in der Ukraine zur Mobilisierung zu nutzen – mit deutlicher Parteinahme für Russland. So riefen die rechtsextremen „Freien Sachsen“ zu Kundgebungen mit Titeln wie „Kein Krieg mit Russland!“ auf. Andere rechtsextreme Organisationen wie „Der III. Weg“ veranstalteten die „Demonstration für bezahlbare Energie und Frieden“. Allein im September und Oktober 2022 zählte ACLED insgesamt 395 Protestveranstaltungen in Deutschland zum Thema Inflation und Energie (→ Hossain/Hallock 2022: 37–38).

Die Protestthemen haben sich von Covid zu Inflation, Energiepreisen, Ukrainekrieg und Migration verschoben

Entgegen der Warnungen vor einem „heißen Herbst“ und „Volksaufständen“ blieben die Demonstrationen gegen steigende Energiepreise größtenteils friedlich. Blickt man nicht allein auf die Anzahl, sondern auch auf die Teilnehmer:innenzahlen der Kundgebungen, so wird deutlich, dass die Mobilisierungsversuche von Rechtsextremist:innen und der Querdenken-Szene nur mäßigen und zum Ende des Jahres 2022 zunehmend geringen Erfolg hatten (→ Deutscher Bundestag 2022b: 20). Die Demonstrationen aus diesem Lager haben zudem immer wieder zu Gegenprotesten geführt. Die Proteste gegen Inflation und Energiekosten wurden allerdings nicht allein aus dem rechten gesellschaftlichen Spektrum organisiert. Gewerkschaften und Linke riefen ebenfalls zu Demonstrationen auf, wenn auch mit deutlich geringerer Beteiligung. Zuletzt versuchten Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum, Proteste erneut mithilfe des Themas Migration anzufachen. Deutlich wurde, dass diese Szene bemüht ist, wechselnde Krisenthemen strategisch zu nutzen und ihre Kampagnen flexibel anzupassen.

Schwer einzuschätzen ist die Zahl der Klimaproteste und die in ihrem Rahmen begangenen Rechtsbrüche, die ab dem Herbst 2022 aufgrund der Aktionen der „Letzten Generation“ zu hitzigen politischen Debatten führten.⁴ Diskutiert wurden Verschärfungen des Strafrechts als Reaktion insbesondere auf Blockaden von Straßen und Flughäfen. Verschiedene Politiker:innen und Medienkommentare warnten vor einer Radikalisierung der Protestierenden. Selbst von einer „Klima-RAF“ und „Klimaterroristen“ war die Rede. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und das BKA registrierten Ende 2022 zwar wie in den Vorjahren Versuche einzelner linksextremer Gruppen, die Klimabewegung zu instrumentalisieren und zu unterwandern. Allerdings gab es keine Anzeichen für eine Radikalisierung von Klimaaktivist:innen der „Letzten Generation“ (→ Deutscher Bundestag 2022a: 4). Dessen ungeachtet wurden im Dezember 2022 in mehreren Bundesländern die Wohnungen von Mitgliedern der Gruppe wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung durchsucht. In Bayern wurde die Möglichkeit einer Präventivhaft für Gefährder:innen, wie sie das novellierte Polizeiaufgabengesetz (PAG) vorsieht, erstmalig angewendet. Nach Straßenblockaden im Oktober 2022 wurden 30 Protestierende über eine Woche präventiv in Gewahrsam genommen. Angesichts der hohen Eingriffsschwellen des Gesetzes, das eine „erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit“, die Abwehr „einer Gefahr für ein bedeutendes

Polarisierende Debatten um die „Letzte Generation“

Rechtsgut“ oder eine „Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“ voraussetzt, war die Reaktion des Freistaates Bayern äußerst umstritten.

Inwiefern die Proteste der letzten Jahre durch die Art und Weise staatlicher Bewältigungsstrategien selbst hervorgerufen worden sind, lässt sich nur schwer beurteilen. Naheliegend ist, dass ein Teil der Proteste, wie im Fall der Covid-19-Maßnahmen, durch ein von größeren Kreisen der Bevölkerung empfundenenes „Zuviel“ und im Fall der Klimaproteste durch ein „Zuwenig“ ausgelöst worden sind. Naheliegend ist jedoch auch ein Zusammenhang zwischen dem weitgehenden Ausbleiben eines „heißen Herbstes“ und den frühzeitigen Maßnahmen der Bundesregierung, um die Folgen der gestiegenen Energiekosten abzufedern. Ein deeskalierender Effekt dieser politischen Maßnahmen ist sehr plausibel. Unter Beteiligung der extremen Rechten ist ein dauerhaft etabliertes, von Themen unabhängiges Protestpotenzial gegen das politische System entstanden. Dieses Potenzial hätte angesichts der unmittelbaren Betroffenheit weiter Teile der Bevölkerung leicht zu mobilisieren sein müssen. Die schnelle politische Reaktion hat das offenbar verhindert.

Die zukünftige Entwicklung des Protestgeschehens in den Bereichen Inflation, Energiepreise und Klima ist offen. Wir gehen davon aus, dass es zu weiteren Themenverschiebungen kommen wird sowie zu veränderten Zusammensetzungen von Teilnehmer:innen, die sich immer weniger in die hergebrachten politischen Phänomenbereiche einordnen lassen. Dies macht den politischen Umgang mit ihnen schwieriger. Die angeführten Beispiele zeigen, dass in gesellschaftlichen Krisensituationen nach verständigungsbereiten Akteur:innen aus den Protestlagern gesucht und Konfrontationen abgemildert werden sollten. Die politisch Verantwortlichen sollten hingegen nicht leichtfertig mit historisch uninformierten Vergleichen wie einer „Klima-RAF“ hantieren, Unworte wie „Klimaterroristen“ kreieren oder auf Proteste vorrangig mit polizeilichen Maßnahmen und Forderungen nach Strafverschärfungen reagieren. Gesetzesübertretungen müssen vom Rechtsstaat geahndet werden; gewaltfreie Proteste, hinter denen keine extremistischen Bestrebungen stehen, sollten aber grundsätzlich als vitaler Anteil demokratischer Aushandlungsprozesse verstanden werden.

In gesellschaftlichen Krisensituationen nach verständigungsbereiten Akteur:innen aus den Protestlagern suchen

VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN UND DESINFORMATIONSKAMPAGNEN

Zeiten der Krise gehen oftmals mit der Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation einher. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie haben Verschwörungsnarrative in Deutschland und anderen westlichen Demokratien an Zulauf und Sichtbarkeit gewonnen. Auch politische Akteur:innen greifen solche Erzählungen auf, um die Unsicherheit und Ungewissheit in der Krise zur Mobilisierung ihrer Anhänger:innen zu nutzen. Dies kann den konstruktiven Streit darüber erschweren, wie Krisen eingeschätzt werden und welche Reaktionen angemessen erscheinen, sowie das Vertrauen in politische Institutionen und Verfahren untergraben.

Verschwörungserzählungen haben seit der Covid-Pandemie an Sichtbarkeit und Zulauf gewonnen

Verschwörungserzählungen behaupten in der Regel, dass mächtige Einzelpersonen oder Teile der ökonomischen und politischen Eliten wichtige Ereignisse im Geheimen steuern und sie zum eigenen Vorteil sowie zum Nachteil der Allgemeinheit agieren. Das macht diese Erzählungen anschlussfähig an (rechts-)populistische Strategien und antisemitische Narrative. Verschwörungsideologischen Weltbildern zufolge gilt, dass nichts ist, wie es scheint, nichts zufällig geschieht und alles miteinander verbunden ist (→ Butter 2021: 4). Zwar sind nicht alle Verschwörungserzählungen politisch aufgeladen, sie können jedoch als „Radikalisierungsbeschleuniger“ wirken und das Verbindungsstück zwischen demokratisch verankertem Protestgeschehen und extremistischen Kräften bilden.

Im Jahr 2022, wie bereits in den Jahren zuvor, kursierten auch in Deutschland Narrative mit Bezügen zu den Verschwörungsmotiven der QAnon-Bewegung. Damit verknüpft war die Vorstellung, dass es einen oder mehrere „Deep States“ gibt – also geheime, illegitime Machtstrukturen innerhalb von Staaten. Diese Ideen wurden verbunden mit Erzählungen zu den Hintergründen und vermeintlichen Nutznießer:innen der Covid-19-Pandemie. Die Verbreitung der QAnon-Bewegung in Deutschland lässt sich nur schwer einschätzen, da es keine zusammenhängende Anhänger:innenschaft gibt und QAnon-Erzählungen eher ein Element in etablierten Verschwörungsnarrativen bilden. So wurden diese Erzählungen von der Querdenken-Szene, Impfskeptiker:innen, rechten Esoteriker:innen und der Anti-US-, Anti-NATO- und Anti-EU-Szene adaptiert und in den eigenen Kosmos integriert. Daran zeigt sich, dass Verschwörungsnarrative zwar oft an nationale Entwicklungen und Krisenerscheinungen anknüpfen, dabei jedoch auf weltweit kursierende – und meist altbekannte – Ideologieelemente zurückgreifen.

Mit dem Abflachen der Pandemie konnten Bewegungen wie Querdenken im Jahr 2022 nicht mehr an ihre Mobilisierungserfolge der Vorjahre anschließen. Sie scheiterten – wie auch einige rechtsextreme Gruppen – mit dem Versuch, die zuvor wirkmächtige Kritik an der Pandemiepolitik in eine Kritik an den gestiegenen Energiepreisen zu überführen. Allerdings hat sich die Verschwörungsszene strukturell verfestigt, radikalisiert und mit dem rechtsradikalen und rechtsextremen Spektrum weiter vernetzt.

Die öffentliche Aufmerksamkeit zogen zuletzt vor allem Gruppen aus der Szene der Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen auf sich. Letztere nehmen für sich in Anspruch, aus der Bundesrepublik durch die Abgabe einer Erklärung austreten zu können. Ihre Ideologien sind heterogen und von Verschwörungsdenken geprägt. Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen eint die Überzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer, souveräner Staat ist, sondern von fremden Mächten beherrscht wird. Die Auffassungen überschneiden sich in vielerlei Hinsicht mit denen der verschwörungsideologischen, rechtseoterischen und rechtsextremen Szene. Sie teilen die generelle Ablehnung der staatlichen Institutionen. In Deutschland gibt es derzeit 23.000 Personen, die den Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen zuzuordnen sind, knapp zehn Prozent werden vom Verfassungsschutz als gewaltorientiert und fünf Prozent als rechtsextrem eingestuft (→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2022).

Die Ideologien der Reichsbürger:innen- und Selbstverwalter:innen sind heterogen und von Verschwörungsdenken geprägt

Wie gefährlich Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen sind, zeigte sich im Dezember 2022 exemplarisch bei der Festnahme von 25 Mitgliedern einer mutmaßlichen terroristischen Vereinigung aus dieser Szene, die bis in die bundespolitische Ebene und hohe militärische Ränge vernetzt war. Die betreffenden Personen waren zuerst im Kontext der Proteste gegen staatliche Covid-19-Maßnahmen in Erscheinung getreten, hatten sich an Demonstrationen beteiligt und unterhielten Kontakte zur Querdenken-Bewegung.

Die Mitglieder der Gruppe verfolgten laut der Generalbundesanwaltschaft das Ziel, „die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden und durch eine eigene, bereits in Grundzügen ausgearbeitete Staatsform zu ersetzen“. Sie hätten dabei die „gewaltsame Beseitigung“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik durch den „Einsatz militärischer Mittel und Gewalt“ beabsichtigt (→ Generalbundesanwalt 2022). Die aufgedeckten Verbindungen der Umstürzler:innen in Sicherheitsbehörden und in die Justiz lösten Debatten über die Entfernung von Reichsbürger:innen aus dem öffentlichen Dienst aus. Darüber hinaus entfachte ihr legaler Besitz von Waffen Diskussionen über die Verschärfung der Waffengesetze. Auch wenn die Erfolgsaussichten eines politischen Umsturzes sehr gering waren, so waren die Beteiligten doch hoch motiviert und hätten selbst im Fall ihres Scheiterns erheblichen Schaden hervorrufen können. Bereits im April und Oktober 2022 waren Personen aus dem reichsideologischen Umfeld festgenommen worden. Die Bundesanwaltschaft wirft diesen Personen vor, bürgerkriegsähnliche Zustände, großflächige Stromausfälle und die Entführung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach geplant zu haben. Sie hätten beabsichtigt, das derzeitige Regierungssystem zu stürzen, die Demokratie abzuschaffen und eine Regierungsform nach Vorbild des Deutschen Kaiserreichs zu errichten.

Die Bezüge der Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen zu Narrativen der QAnon-Bewegung zeigen, dass diese Szene global verbreitete verschwörungsideologische Versatzstücke aufnimmt. Gleichzeitig bringen strategische politische Akteur:innen Verschwörungserzählungen aus politischem Kalkül in Umlauf oder sind selbst ihre Urheber:innen. Insbesondere rechtspopulistische Politiker:innen fügen ihrem rhetorischen Repertoire immer häufiger Elemente aus Verschwörungserzählungen hinzu. Donald Trump, Matteo Salvini, Jair Bolsonaro, Viktor Orbán, aber auch Politiker:innen der AfD haben Verschwörungsnarrative in ihrem Wahlkampf genutzt. So streute Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, Verschwörungserzählungen darüber, dass die Corona-Schutzimpfung unfruchtbar mache, später verglich er eine Impfpflicht sogar mit dem Holocaust. Dabei sind die Übergänge von Desinformationskampagnen, populistischer Rhetorik und Verschwörungserzählungen teilweise fließend.

Auch strategische politische Akteur:innen treiben die Verbreitung von Verschwörungserzählungen aus politischem Kalkül voran

Auch Regierungen setzen Verschwörungserzählungen häufig als Teil außenpolitischer Desinformationskampagnen ein und streuen diese über alternative Medienplattformen beziehungsweise soziale Medien breit in andere Staaten. Insbesondere Russland verbreitet spätestens seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Frühjahr 2014 Verschwörungsnarrative, um Differenzen in anderen Ländern sowie zwischen Bündnispartnern zu schüren, Polarisierungen zu verstärken und politische Agenden zu beeinflussen. Studien belegen, dass spätestens seit Putins dritter Amtszeit (2012–2018) die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation ein zunehmend wichtiges Element der außenpolitischen Strategie Russlands ist → 3 /96–100.

Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen stellen dann eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar, wenn sie die Kommunikation im privaten und politischen Raum beeinträchtigen und dazu führen, dass Bürger:innen sich aus der politischen Teilhabe zurückziehen. Letzteres trägt aktuell vermehrt dazu bei, dass antidemokratische Alternativstrukturen entstehen. Es besteht zudem die Gefahr, dass Verschwörungserzählungen die Bereitschaft ihrer Anhänger:innen erhöhen, Gewalt einzusetzen, um das demokratische System zu verändern oder gar zu zerstören.

Um die antidemokratische Wirkkraft von Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen zu schwächen und die Resilienz der Gesellschaft diesen Einflüssen gegenüber zu stärken, sollten innovative, proaktive und bewährte präventive Maßnahmen weiter gefördert werden. Dazu zählen Beratungsstellen für Betroffene ebenso wie breit angelegte politische Bildung und Formate wie Online-Streetwork. Neben der Förderung von Medienkompetenz und Zivilcourage ist die emotionale Unterstützung von (potenziell) Betroffenen notwendig. Entsprechende Projekte in der Zivilgesellschaft gilt es weiter zu unterstützen und auszubauen. Um langfristige Strategien gegen Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen entwickeln zu können, müssen die gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen, die die Hinwendung zu ihnen begünstigen, besser verstanden werden. Forschung in diesem Feld sollte die Wissensbedarfe und -bestände der Fachpraxis mit aufgreifen.

POLITISCHE STRATEGIEN IM UMGANG MIT POLARISIERUNG

Neben der Suche nach Antworten auf spezifische Phänomene wie Proteste, Verschwörungserzählungen oder Desinformationskampagnen stellt sich die Frage, wie demokratische Gesellschaften grundsätzlich auf politische Polarisierung in Zeiten multipler Krisen reagieren sollten. Vor allem sollte aufgezeigt werden, wie die Effekte „schädlicher Polarisierung“ begrenzt werden können, ohne den legitimen und notwendigen Streit über zentrale Zukunftsherausforderungen zu unterminieren. Die Forschung bietet dazu erste Anhaltspunkte und Orientierungshilfen.

Erstens sollte eine zugespitzte Polarisierung nicht durch eine ebenso offensive Gegenpolarisierung beantwortet und damit weiter verstärkt werden. Akteur:innen aus Politik und Medien reproduzieren und befördern oftmals vereinfachende Gegenüberstellungen oder ausschließende Rhetorik und unterschlagen dabei die Komplexität von Konflikten. Auf stereotype Beschreibungen politischer Gruppen und Positionen sollte ebenso verzichtet werden wie auf aggressive Sprachbilder wie sie etwa in aktuellen Debatten über Proteste gegen den Klimawandel oder die Beurteilung des Krieges in der Ukraine immer wieder genutzt werden. Mit demokratisch gesinnten Aktivist:innen und Protestierenden sollte der kritische Dialog gesucht werden, um Feindbilder abzubauen und Blockaden zu durchbrechen (→ V-Dem 2020). Gleichzeitig dürfen Konflikte und Meinungsunterschiede nicht ausgeblendet werden.

Zweitens verweist die Forschung auf die Bedeutung demokratischer Institutionen und Verfahren sowie Reformoptionen. Polarisierung entsteht unter anderem durch das Gefühl der Bürger:innen, dass sie die Politik kaum beeinflussen können und die eigenen Positionen nur unzureichend repräsentiert werden. Diese Wahrnehmung ist nicht immer in allen Punkten zutreffend und wird teilweise von populistischen Akteur:innen bewusst geschürt. Es ist aber wichtig anzuerkennen, dass auch funktionierende Demokratien Defizite aufweisen können, die aktiv anzugehen sind. Neben zunehmender sozialer Ungleichheit zählen dazu auch die ungleichgewichtige Vertretung und Berücksichtigung der Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen oder Mängel bei der demokratischen Kontrolle (→ McCoy/Somer 2021: 12–15). So wurde die Rolle der Parlamente im Umgang mit Krisen wie der Corona-Pandemie oder Terroranschlägen in vielen Fällen eingeschränkt, oder Parlamente haben zugunsten der Exekutive selbst darauf verzichtet, sich an Entscheidungen zu beteiligen (→ Albrecht et al. 2021). Die effektive Kontrolle der Regierung und eine aktive Opposition, die politische Alternativen formuliert, ohne gesellschaftliche Gruppen bewusst gegeneinander auszuspielen, sind ein wichtiger Schutz vor extremer Polarisierung und Entdemokratisierung.

Neue und innovative demokratische Formate können die etablierten Institutionen sinnvoll ergänzen. Klimaaktivist:innen von „Extinction Rebellion“ oder von „Letzte Generation“ haben immer wieder die Einsetzung von „Bürger:innenräten“ gefordert, die aus einer Auswahl zufällig ausgeloster Bürger:innen bestehen und Vorschläge zu wichtigen politischen Themen erarbeiten sollen. Als Vorbild dient dabei die irische Citizens' Assembly, die sich unter anderem mit dem Klimawandel befasst hat und in der viele Maßnahmen zur Klimapolitik auf große Zustimmung gestoßen sind. Solche Formate können helfen, Stereotype abzubauen und Zustimmung für schwierige und folgenreiche Maßnahmen zu gewinnen. Wichtig ist aber, die Auswahl der Räte und der im Prozess angehörten Expert:innen transparent und ausgewogen zu gestalten und die Unterschiede zu anderen politischen Verfahren der Entscheidungsfindung genau zu klären (→ Devaney et al. 2020). Dies ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, politische Mehrheiten für kontroverse Maßnahmen zu organisieren und dafür zu sorgen, dass die Autorität klassischer repräsentativer demokratischer Institutionen nicht untergraben wird.

Bürger:innenräte können eine sinnvolle Ergänzung repräsentativer Institutionen und Verfahren sein

Drittens kann einer extremen Polarisierung durch die Arbeit an zukunftsfähigen Lösungen für die Krisen der Gegenwart entgegenwirken werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Klimawandel. Wenn ökologische Belastungsgrenzen fundamental überschritten werden, dann stellt gerade dies langfristig die größte Gefahr für demokratische Politik und das gesellschaftliche Zusammenleben dar, etwa indem politisch Handelnden kaum noch Spielraum für politische Abwägungen bleibt (→ Sachverständigenrat für Umweltfragen 2019). Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten unterschiedliche Arten und Grade der Betroffenheit und soziale Kosten angemessen reflektieren und in demokratischen Prozessen erläutert und diskutiert werden. Notwendige Entscheidungen und Wandlungsprozesse dürfen gleichzeitig nicht mit Verweis auf die mögliche Gefahr politischer Polarisierung verdrängt oder auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Gesellschaften müssen dabei im Sinne einer gesellschaftlichen Resilienz, die vor allem marginalisierte und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, auch zum Umgang mit zukünftigen Krisen befähigt werden → 2.

Polarisierung darf nicht als Ausrede dienen, um notwendigen Wandlungsprozessen und Konflikten aus dem Weg zu gehen

Die europäische Politik hat bereits gezeigt, dass sie durchaus über Spielräume verfügt, um grenzüberschreitende, sich gegenseitig verstärkende Krisen effektiv zu bearbeiten. Der mehr als 750 Mrd. € fassende europäische Wiederaufbaufond Next Generation EU, der vor allem auf die Folgen der Covid-19-Pandemie zielt, belegt dies. Zudem einigten sich die Mitgliedsstaaten der EU nach langen Auseinandersetzungen darauf, Maßnahmen gegen die aktuelle Energiekrise mit Hilfe des gemeinsamen Gaseinkaufs sowie der Gaspreisdeckelung solidarisch zu bewältigen. Die Kontroversen über den Umgang mit steigenden Energiepreisen lässt aber erahnen, welche Herausforderungen im Rahmen der grünen und gerechten Transition auf die Solidaritätsbeziehungen zwischen und in den europäischen Staaten noch zukommen werden. In der Migrationspolitik haben sich die Mitgliedsstaaten der EU ebenfalls einstimmig darauf verständigt, ukrainischen Kriegsflüchtlingen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Allerdings scheitert die europäische Politik seit Jahren daran, eine nachhaltige und humane Lösung für den Umgang mit Geflüchteten aus anderen Weltregionen zu finden. Neben dem unmittelbaren Krisenmanagement darf die Suche nach langfristigen Ansätzen zur Bearbeitung der Ursachen aktueller Krisen daher nicht untergehen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den meisten westlichen Demokratien zerfallen Gesellschaften als Ganzes bisher nicht in feindlich gesinnte politische Lager. Demokratische Institutionen beweisen in vielen Fällen ihre Resilienz. Die Polarisierung nimmt jedoch erkennbar zu und erschwert in ihren extremeren Formen den konstruktiven Streit, der gerade in Krisenzeiten notwendig ist.

Es gibt kein Patentrezept für ein gelungenes demokratisches Zusammenleben. Eine aggressive Gegenpolarisierung ist aber in aller Regel kontraproduktiv; eher verstärkt sie

eine extreme Polarisierung. Politik und Medien sollten daher nicht jede dramatisierende Twitter-Debatte aufnehmen, zugespitzte Konflikte durch scharfe Formulierungen zur eigenen Profilierung nutzen oder grundlegende Meinungsunterschiede als Ausschlusskriterium für einen kritischen Dialog betrachten. Stattdessen sollten die Parlamente als Orte der öffentlichen und kontroversen Diskussion alternativer Handlungsoptionen im Umgang mit aktuellen Krisen gestärkt werden. Neue Formen der Beteiligung wie etwa die mit Blick auf die Klimapolitik geforderten Bürger:innenräte sind eine sinnvolle Ergänzung, auch um die Attraktivität demokratischer Verfahren zu erhöhen.

Politische Proteste sind Ausdruck demokratischer Vitalität, solange sie nicht für extremistische Botschaften genutzt werden oder mit der Anwendung von Gewalt verbunden sind. Gerade in Krisenzeiten können sie dazu dienen, etablierte Handlungsweisen infragezustellen und alternative Optionen aufzuzeigen. Eine exzessive Anwendung des Strafrechts und präventiver Ingewahrsamnahmen stellen ebenso wenig eine angemessene Antwort auf Formen des zivilen Ungehorsams dar wie öffentliche Diffamierungen und deplatzierte Vergleiche. Notwendig ist dennoch ein deutliches Bekenntnis zu den Grenzen des Tolerierbaren in der politischen Auseinandersetzung. Insbesondere die Akzeptanz der Grund- und Menschenrechte sowie zentraler demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren müssen dabei den Maßstab bilden. Daher gilt es, die Resilienz demokratischer Gesellschaften gegenüber klar antidemokratischen Ideologien oder Desinformationskampagnen zu stärken. Dazu sollten Beratungs- und Bildungsprogramme, wie sie etwa im Demokratiefördergesetz vorgesehen sind, auch in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte weiter finanziert und, wo möglich, ausgebaut und verstetigt werden. Auch der laufende Strategieprozess der Bundesregierung „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“ sollte nicht nur bereits vorhandene Maßnahmen bündeln, sondern, auf aktuellen Forschungserkenntnissen aufbauend, neue beschließen und gut funktionierende Maßnahmen längerfristig fördern.

Die schädlichen Effekte politischer Polarisierung in Krisenzeiten lassen sich schließlich vor allem durch politische Antworten auf eben diese Krisen reduzieren. Das ist alles andere als einfach. Kontroverse Debatten und politische Widerstände dürfen aber nicht als pauschale Ausrede dienen, um notwendige Transformationen immer weiter zu verzögern und stattdessen den Status Quo festzuschreiben. So sollten politische Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels der Größe des Problems gerecht werden und gleichzeitig die sozialen Folgen für verschiedene soziale Gruppen berücksichtigen. Notwendig bleibt zudem eine humane und solidarische, langfristig ausgerichtete Migrationspolitik. Nationale und europäische Maßnahmen gegen steigende Energie- und Lebenshaltungskosten illustrieren den vorhandenen Handlungsspielraum der Politik.

- 1 Neben den globalen Werten und den Zahlen für Deutschland erfassen wir hier Daten für die Länder Europas und Nordamerikas. Diese Gruppe umfasst neben Staaten, die V-Dem als liberale oder elektorale Demokratien einstuft, auch solche, die wie die Türkei, Ungarn oder Russland als elektorale Autokratien geführt werden. Da der Fokus auf westlichen Demokratien liegt, befindet sich ein Großteil der relevanten Staaten aber in diesen beiden Regionen.
- 2 Bei der Interpretation der quantitativen Indikatoren gilt es zu berücksichtigen, dass die angegebenen Zahlen auf Einschätzungen von Expert:innen basieren, die mit einem statistischen Modell zu kontinuierlichen Werten aggregiert wurden. Der Wert „1,2“ für Deutschland bedeutet also nicht, dass die Polarisierung exakt dieses Ausmaß erreicht hat, sondern dass die mittlere Bewertung der Expert:innen etwas höher als Kategorie 1 „vorwiegend keine Polarisierung“, aber deutlich niedriger als Kategorie 2 „etwas Polarisierung“ liegt.
- 3 <https://acleddata.com/dashboard/#/dashboard>. ACLED definiert die hier verwendeten Ereignistypen wie folgt: „A protest is defined as a public demonstration in which the participants do not engage in violence, though violence may be used against them. Events include individuals and groups who peacefully demonstrate against a political entity, government institution, policy, group, tradition, businesses or other private institutions“ (S. 13). Gewaltsame Ausschreitungen („riots“) werden definiert als „violent events where demonstrators or mobs engage in disruptive acts, including but not limited to rock throwing, property destruction, etc. They may target other individuals, property, businesses, other rioting groups or armed actors“ (S. 14). Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) Codebook, <https://acleddata.com/download/2827/>.
- 4 Das BKA gab an, erst mit Ablauf des Jahres 2022 zu entscheiden, ob Straftaten im Kontext „Klima“ in der Aufstellung zur PMK gesondert aufgezeigt werden (→ Deutscher Bundestag 2022a: 8).

Autor:innen

Stephen Albrecht

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Aline Bartenstein

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Felix Bethke

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Lea Brost

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Hendrik Hegemann (Koordination)

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Julian Junk

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

PD Dr. Martin Kahl (Koordination)

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Mona Klöckner

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Janina Pawelz

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Jonas Wolff

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Paul Zschocke

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Quellenverzeichnis

- Albrecht, Stephen et al.* 2021: Demokratien auf der Kippe: Globale Trends und Bedrohungen, in: BICC/HSFK/INEF/IFSH (Hrsg.): Friedensgutachten 2021. Europa kann mehr!, Bielefeld, 137–155.
- Bundesamt für Verfassungsschutz* 2022: Reichsbürger und Selbstverwalter, in: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html; 23.02.2023.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundeskriminalamt* 2022: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesweite Fallzahlen, in: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 23.02.2023.
- Butter, Michael* 2021: Verschwörungstheorien. Eine Einführung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71: 35–36, 4–11.
- Decker, Oliver et al. (Hrsg.)* 2022: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen, alte Reaktionen (Leipziger Autoritarismus Studie 2022), Gießen.
- Deutscher Bundestag* 2022a: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/4794 – Zur Entwicklung radikaler Tendenzen innerhalb der Klimaprotestbewegungen mit Stand Anfang Dezember 2022, Deutscher Bundestag Drucksache 20/5056; 30.12.2022.
- Deutscher Bundestag* 2022b: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke – Drucksache 20/4597 – Ausprägung der Krisenproteste im Oktober 2022, Deutscher Bundestag Drucksache 20/4840; 15.12.2022.
- Devaney, Laura et al.* 2020: Ireland’s Citizens’ Assembly on Climate Change. Lessons for Deliberative Public Engagement and Communication, in: *Environmental Communication* 14: 2, 141–146.
- Generalbundesanwalt* 2022: Erklärung zu den Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung. Pressemitteilung vom 7.12.2022, in: <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung2-vom-07-12-2022.html?nn=1397082>; 23.02.2023.
- Groh-Samberg, Olaf et al.* 2022: Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse der FGZ-Pilotstudie 2020, in: <https://www.fgz-risc.de/presse/detailseite/gefaehrdeter-zusammenhalt-neue-studie-zu-polarisierungs-und-spaltungstendenzen-in-deutschland>; 10.01.2023.
- Hossain, Naomi/Hallock, Jeffrey* 2022: Food, Energy & Cost of Living Protests 2022. Friedrich Ebert Stiftung, in: <https://ny.fes.de/article/food-energy-cost-of-living-protests-2022>; 23.02.2023.
- Mau, Steffen* 2022: Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung, in: *Merkur* 76: 874, 5–18.
- McCoy, Jennifer/Somer, Murat* 2020: Towards a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracy, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences* 681: 1, 234–271.
- McCoy, Jennifer/Somer, Murat* 2021: Overcoming Polarization, in: *Journal of Democracy* 32: 1, 6–21.
- Mercator-Forum Migration und Demokratie* 2022: Europa und die Flucht-migration aus der Ukraine. MIDEM-Jahresstudie 2022, in: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_AnnualStudy2022_Europe_and_Refugee_Migration_from_Ukraine.pdf; 20.01.2023.
- Roose, Jochen* 2022: Eine tief gesplante Minderheit. Polarisierungstendenzen in Deutschland, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35: 2, 298–316.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen* 2019: Demokratisch Regieren in ökologischen Grenzen. Zur Legitimation von Umweltpolitik. Sondergutachten, in: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2016_2020/2019_06_SG_Legitimation_von_Umweltpolitik.html; 23.02.2023.
- Salheiser, Axel/Richter, Christoph/Quent, Matthias* 2022: Von der „Corona-Diktatur“ zur „Klima-Diktatur“? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, in: *fgz-risc.de/wp-5*; 22.02.2023.
- V-Dem Institute* 2020: Defending Democracy against Illiberal Challengers. A Resource Guide, in: https://www.v-dem.net/documents/21/resource_guide.pdf; 23.02.2023.
- V-Dem Institute* 2023: The V-Dem Dataset 2023, in: <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>; 03.03.2023.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.)* 2022: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

24 /127

Politische Polarisierung im globalen Vergleich (1990–2022)
V-Dem 2023: V-Dem Dataset – Version 13, in: <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>; 23.03.2023.

25 /127

Entwicklung der Demokratiequalität (1990–2022)
V-Dem 2023: V-Dem Dataset – Version 13, in: <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>; 23.03.2023.

26 /131

Demonstrationsgeschehen in Deutschland (2021 und 2022)
Armed Conflict Location and Event Data Project, in: <https://acleddata.com/about-acledd/>; 23.03.2023.